



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderat am 18.12.2018

In der letzten Sitzung des Jahres 2018 verabschiedete der Gemeinderat den Haushalt für das kommende Jahr. Die Gemeinde Weil im Schönbuch wird dem Zweckverband Breitbandausbau Landkreis Böblingen beitreten. Für den Neubau der Kindertagesstätte an der Rostocker Straße wurden die ersten Baugewerke vergeben. Außerdem beschloss der Gemeinderat, das Sommerferienprogramm der Waldhaus gGmbH im kommenden Jahr fortzusetzen.

Zu Beginn der Sitzung gab Bürgermeister Wolfgang Lahl bekannt, dass die Stelle der Schulleitung in der Grundschule Breitenstein mit Frau Natascha Schumacher besetzt wurde. Er berichtete über eine nichtöffentliche Sondersitzung des Gemeinderats am 29.11.2018, in der dem Gemeinderat die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs Bäumlesweg vorgestellt wurden.

Der zweite Tagesordnungspunkt, der Jahresbericht des Jugendreferats musste leider vertagt werden aufgrund von Krankheitsausfällen der Mitarbeiter/-innen des Waldhauses.

Weitere Durchführung des Sommerferienprogramms der Waldhaus gGmbH

Die Kämmerin Kathrin Böhringer sprach an, dass sich der jährliche Abmangel seit Einführung 2015 beinahe verdreifachte und im letzten Jahr beinahe 14.000 Euro betrug. Die Ursache ist, so das Ergebnis einer gemeinsamen Überprüfung mit der Waldhaus gGmbH, dass das Angebot zeitlich, vom personellen Betreuungsumfang her und bei der angebotenen Verpflegung deutlich erweitert wurde, ohne dass die Gebühren für diese freiwillige Leistung angepasst wurden. Außerdem wurde festgestellt, dass manche Beschaffungen nicht in diesem Umfang notwendig gewesen wären, weil die gekauften Geräte schon in anderen Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde vorhanden sind. Um die gestiegenen Kosten teilweise aufzufangen schlug die Verwaltung vor, die wöchentliche Betreuungsgebühr von 80 Euro auf 105 Euro zu erhöhen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl hob die positiven Rückmeldungen zu diesem Sommerferienprogramm hervor. Es sei aber notwendig, kostenbewusster vorzugehen. Angesichts des hochwertigen Angebots sein eine Anpassung der Gebühren notwendig und vertretbar. Er betonte, dass die dieses Sommerferienprogramms terminlich mit den Angeboten der AWO abgestimmt werden. Bei den Gebühren der AWO müsse berücksichtigt werden, dass darin noch keine Verpflegung enthalten ist.

Gemeinderat Kolb fragte, wie viele Kinder an dem Sommerferienprogramm der Waldhaus gGmbH teilnehmen können. An dem zwei Wochen dauernden Programm

können maximal 40 Kinder teilnehmen. Viele Kinder werden für die vollen zwei Wochen angemeldet.

Gemeinderätin Dr. Staber sprach die Möglichkeit an, bei einer das Angebot übersteigenden Nachfrage die Teilnahme auf 1 Woche zu beschränken, damit mehr Kinder am Sommerferienprogramm teilnehmen können.

Gemeinderätin Himmelein erkundigte sich nach den Gebühren der AWO-Sommerfreizeit im Waldheim. Diese bewegen sich, so BM Lahl, im vergleichbaren Rahmen wie hier in der Gemeinde. Die AWO arbeite aber viel mit ehrenamtlichen Kräften.

Gemeinderat Siegfried Müller sprach sich dafür aus, den Umfang des momentanen Angebots beizubehalten. Aus Verwaltungssicht wäre das akzeptabel, aber es solle keine ständige Ausweitung geben.

Gemeinderätin Weiss gab zu bedenken, dass das Angebot beim Start 2015, bei einem wesentlich niedrigeren Abmangel, bereits sehr gut war.

Gemeinderat Kolb wünschte sich eine Deckelung der Kosten, der aktuelle Stand sei für ihn das Maximum. Insgesamt hätte er sich zu diesem Thema mehr Informationen von der Waldhaus gGmbH gewünscht.

Bürgermeister Lahl betonte, dass die Leistung der Waldhaus gGmbH unter dem Strich höher ist als aus den Zahlen hervorgeht. Denn in jedem Jahr gelinge es, die Unterstützung von Betrieben und Vereinen zu gewinnen. Er schlug vor, die Auswirkungen der verstärkten Kostenkontrolle und der erhöhten Gebühr abzuwarten und auszuwerten. Die heutige Beratung wertete er als Beleg für die Wahrnehmung der Kontrollaufgaben in der Gemeindeverwaltung.

Mit 17 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme beschloss der Gemeinderat, das Sommerferienprogramm des Waldhauses 2019 fortzusetzen und die Gebühr auf 105,- €/Woche zu erhöhen.

Satzungsbeschluss des Haushaltsplanes 2019

In kurzen Worten umriss Bürgermeister Wolfgang Lahl die Kerndaten des in der Sitzung im November ausführlich vorberatenen Haushaltsplanes 2019. Im laufenden Betrieb erwirtschaftet die Gemeinde etwa 3 Millionen €, die im Vermögenshaushalt zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der 6,33 Millionen umfassende Vermögenshaushalt wird im Wesentlichen durch Baumaßnahmen von 5,77 Millionen € geprägt. Neben der Zuführung vom Verwaltungshaushalt finanziert sich der Vermögenshaushalt durch eine 2,9 Millionen € umfassende Rückführung eines Trägerdarlehens vom Eigenbetrieb Gemeindewerke an den Kämmereihaushalt. Im Kämmereihaushalt ist wie in allen Jahren seit 2005 keine Kreditaufnahme vorgesehen. Anders im Haushalt des Eigenbetriebes, wo zur Finanzierung der anstehenden Investitionen Kreditaufnahmen notwendig sind.

Die allgemeine Rücklage der Gemeinde wird im kommenden Jahr auf den Mindestbestand sinken. Mittelfristig wird diese jedoch auf geplante 10 Millionen €

ansteigen, wobei die geplanten Baugebiete der Gemeinde eine wesentliche Rolle spielen.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist weiterhin positiv. Der Bürgermeister berichtete, dass die 2018 mit 3,8 Millionen eingeplante Gewerbesteuer nach aktuellem Stand ca. 5,8 Millionen € erreichen wird.

Anschließend ging der Bürgermeister auf die gemeinsamen Haushaltsanträge von UBW und SPD sowie auf den Haushaltsantrag der CDU ein.

Zum Haushaltsantrag von UBW und SPD, Mittel für die Sanierung des Marktplatzes einzustellen berichtete er, dass dies in der letzten Sitzung des Gemeinderats als Prüfungsauftrag verstanden wurde, welche Möglichkeiten hier denkbar sind. Die Verwaltung wird im Gemeinderat vorstellen, welche Alternativen nach sinnvoll sind.

Der Änderungsantrag von UBW und SPD zu Beschaffung eines neuen Dienstfahrzeuges führt dazu, dass nun eine gemeinsame Ausschreibung zweier neuer Dienstfahrzeuge, für den Leiter des Bauhofs und für die Gemeindeverwaltung vorgesehen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Förderung der E-Mobilität werden Angebote eingeholt für zwei Fahrzeuge mit Elektroantrieb, zwei Fahrzeuge mit herkömmlichem Benzinmotor und je ein Fahrzeug mit Elektro- und Benzinmotor. Unter Einbeziehung der für die jeweiligen Angebote notwendigen Rahmenbedingungen werden diese Angebote im Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

Die Anregung von UBW und SPD, neue Bestattungsformen zu überprüfen, wird vor der im kommenden Jahr anstehenden Gebührendiskussion zur Beratung in die Gremien eingebracht werden.

Der letzte Antrag von UBW und SPD, die Einnahmen und Ausgaben in der Kinderbetreuung ausführlich aufzuschlüsseln, wird als Berichtsantrag weiterverfolgt.

Anschließend ging der Bürgermeister auf den Antrag der CDU-Fraktion ein, ein Verkehrskonzept für die Gemeinde zu entwickeln. Er schlug vor, zunächst ein Angebot verschiedener Verkehrsplaner einzuholen, die die momentanen Verkehrsprobleme, Prognosen zur zukünftigen Entwicklung und Lösungsvorschläge darstellen sollen. Sobald diese Angebote vorliegen soll der Gemeinderat entscheiden, wie weiter vorgegangen wird.

Hauptamtsleiter Martin Feitscher sprach eine kurzfristig vorgeschlagene Änderung des Stellenplanes an. Da die Gemeinde Weil im Schönbuch kürzlich offiziell die Einwohnergrenze von 10.000 Einwohnern überschritten hat sieht das Kommunalbesoldungsgesetz andere Besoldungsgruppen des Bürgermeisters vor. Das dazu notwendige Procedere, je nachdem ob dies eine automatische gesetzliche Folge wäre oder ob dazu eine erneute Beschlussfassung des Gemeinderates notwendig ist, werde momentan noch geklärt. Um im Fall einer positiven Entscheidung nicht einen Nachtragshaushaltsplan verabschieden zu müssen schlug die Verwaltung vor, bereits jetzt die höhere Besoldungsgruppe im Stellenplan vorzusehen. Der Hauptamtsleiter betonte, dass damit noch keinerlei Vorentscheidung getroffen ist.

Gemeinderätin Wallach begrüßte die Entwicklung im Kämmereihaushalt, sah die Tendenzen im Haushalt des Eigenbetriebs jedoch wegen der hohen

Kreditaufnahmen sehr kritisch. Sie würde deswegen gerne getrennt über den Kämmereihaushalt und den Haushalt des Eigenbetriebes abstimmen.

Diese Möglichkeit verneinte der Bürgermeister, denn beide Haushalte seien zwangsläufig als Gesamtpaket zu sehen. Er wies darauf hin, dass diese Thematik in der letzten Sitzung des Gemeinderates intensiv diskutiert wurde. Kreditaufnahmen im Eigenbetrieb wären nur vermeidbar, wenn Mittel aus dem Kämmereihaushalt zugeschossen werden. Aus seiner Sicht ist es jedoch nicht gerechtfertigt, die Investitionen des Eigenbetriebs aus Steuermitteln zu finanzieren. Die Finanzierung über Kredite sei dagegen generationengerecht, weil dadurch die über mehrere Jahrzehnte genutzten Investitionsgüter auch auf spätere Nutzer verteilt werden.

Falls die Kreditfinanzierung von Investitionen im Eigenbetrieb infrage gestellt werde bedeutet dies gleichzeitig, das gesamte System des Eigenbetriebs anzuzweifeln. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass der Wasserzins nach wie vor mit Abstand der günstigste Bereich in den allgemeinen Nebenkosten ist.

Gemeinderätin Himmelein bezog sich auf den CDU-Antrag auf Erstellung eines Verkehrskonzeptes. Sie regte an, den Prüfungsauftrag um ein Parkkonzept zu erweitern, welches auch die Kreisstraßen beinhalten sollte.

Gemeinderat Siegfried Müller sah im Haushalt des Eigenbetriebs das Problem einer steigenden Deckungslücke und kündigte an, sich deswegen der Stimme zu enthalten. Der Bürgermeister entgegnete darauf, dass diese Diskussion in die Vorberatung des Haushalts gehört hat. Der eigentliche Wasserzins bleibe gleich, trotz starker Investitionen des Eigenbetriebs. Der momentan große Investitionsbedarf ergebe sich einfach dadurch, dass viele der vor etwa 60 Jahren hergestellten Netze und Leitungen nun in einem kurzen Zeitraum sanierungs- und auswechslungsbedürftig sind. Nur deshalb stehe die Gemeinde mit dem Eigenbetrieb gerade vor hohen Investitionen in die Kanalisation und in die Wasserversorgung.

Einstimmig mit zwei Enthaltungen stimmte der Gemeinderat dem Haushaltsplan 2019 zu.

Bürgermeister Wolfgang Lahl dankte der Kämmerin, Kathrin Böhringer, für die intensive Vorarbeit und für ihr Fingerspitzengefühl bei der Balance zwischen notwendigen und finanzierbaren Ausgaben. Er schloss diesen Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis ab, dass dies der letzte Gemeindehaushalt im sogenannten kameralen System ist. Bereits der nächste Gemeindehaushalt wird im doppischen System aufgestellt werden.

Beitritt zum Zweckverband Breitbandausbau Landkreis Böblingen

Bürgermeister Wolfgang Lahl erinnerte an die ausführliche Vorberatung in der Sitzung des Gemeinderats am 23. Oktober. Er wies auf die zwischenzeitlichen kleineren Änderungen an der Satzung des Zweckverbandes hin und berichtete, dass in der Zwischenzeit in allen Landkreisen der Region Stuttgart die vorgesehenen Zweckverbände gegründet sind. Zusammen mit der Stadt Stuttgart soll die Gigabit Region Stuttgart GmbH gebildet werden. Ziel ist, den Breitbandausbau in der gesamten Region Stuttgart bis in das einzelne Wohnhaus zu fördern. Momentan

werden dazu intensive Verhandlungen mit der Telekom geführt. Etwa 100 von 179 Gemeinden in der Region werden über die Zweckverbände der GmbH beitreten. Im Kreis Böblingen werden dies 22 von 26 Gemeinden sein.

Der Bürgermeister betonte, dass dies der einzige Weg sei, ein breit aufgestelltes Glasfasernetz zu erreichen. Denn eine Gemeinde alleine habe keine Marktmacht. Anders sei dies, wenn die Kräfte der Gemeinden gebündelt werden. Bis 2030 sollen 100 % der Gewerbebetriebe und 90 % der Privathaushalte einen direkten Anschluss über Glasfaser an das Internet haben. Er hob hervor, dass mit dem Beitritt zum Zweckverband noch keine Investitionsentscheidung verbunden ist. Die Gemeinden bleiben Herr des Verfahrens. Die Ausbaupläne bis vor die Haustür werden in den Zweckverbände koordiniert, deren Kosten je Gemeinde benannt und dann den Entscheidungsträgern vorgelegt. Erst dann wird eine Entscheidung der Gemeindegremien notwendig.

Der Bürgermeister sah dies als guten Weg zur Verbesserung der Infrastruktur in der Gemeinde, zumal die Gemeinde Weil im Schönbuch bisher gute Erfahrungen mit der Telekom gemacht hat.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, dem Zweckverband Breitbandausbau Kreis Böblingen beizutreten.

5. Änderung der Anlage zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen-und Asylbewerberunterkünfte

Hauptamtsleiter Feitscher erläuterte, dass die Gemeindeverwaltung in Abstimmung mit dem Breitensteiner Ortschaftsrat das freigewordene Gebäude Max-Planck-Straße 10 zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen benutzen will. Mittelfristig plant der Ortschaftsrat, das Gebäude grundlegend zu sanieren, möglichst unter Verwendung von Fördermitteln aus dem Programm Entwicklung Ländlicher Raum. Der vorübergehender anderweitigen Verwendung hat der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt.

Um die Nutzungsgebühren erleben zu können ist es notwendig, die Anlage zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen-und Asylbewerberunterkünften zu erweitern.

Gemeinderätin Pfaff erkundigte sich, ob das Gebäude Schulstraße 6 bereits mit Flüchtlingen belegt ist. Das verneinte der Bürgermeister, da es Verzögerungen beim Auszug des Eigentümers gab. Er berichtete, dass die Gemeinde 2019 etwa 14 Personen in der Anschlussunterbringung aufzunehmen hat. Insgesamt gehen die Unterbringungszahlen deutlich nach unten.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die fünfte Änderungssatzung.

Vergaben für den Neubau Kindertagesstätte“-Mitte“

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass nun die ersten acht Gewerke dieses Bauvorhabens zur Vergabe anstehen. Die Baugenehmigung für dieses Vorhaben liegt ebenfalls vor, wobei ein Widerspruch gegen die Baugenehmigung eingereicht wurde. Diese hat jedoch keine aufschiebende Wirkung. Da die Gemeinde die neue Kindertagesstätte möglichst schnell nutzen will kann mit der Vergabe der Baugewerke nicht zugewartet werden.

Von den insgesamt 25 Gewerken sind die ersten acht Gewerke vergabereif. Bis jetzt liegen alle Vergabesummen unter bzw. in den Kostenberechnungen zu diesem Gewerken. Der Baubeginn ist geplant, sobald es die Witterung zulässt.

Einstimmig vergab der Gemeinderat folgende Gewerke:

1. Rohbauarbeiten: Fa. List, 72770 Reutlingen, 827.312,31€
2. Stahlbauarbeiten: Fa. Schmidt, 73230 Kirchheim u. T: 45.541,30€
3. Zimmerarbeiten: Fa. Carpent, 71116 Gärtringen, 89.560,71€
4. Dachabdichtungsarbeiten: Fa. Rossi, 71686 Remseck Aldingen, 132.640,20€
5. Klempnerarbeiten: Fa. Dangel Metall, 73252 Lenningen, 37.146,03€
6. Aufzugsanlage: Fa. Thyssen-Krupp, 73765 Neuhausen a.d.F. 30.642,50€
7. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Brennenstuhl, 71093 Weil im Schönbuch, 270.361,30€
8. Geothermie-Bohrungen: Fa. Dietrich, 73235 Weilheim-Teck, 63.617,40€

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Breitling erkundigte sich nach der Sperrung der Bahnhofstraße, da der Schienenersatzverkehr dort momentan nicht durchfahren kann. Voraussichtlich dauert die Sperrung die ganze Woche.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.